

Der Briefetal-Bote erscheint  
Dienstag, Donnerstag, Sonn-  
abend und Sonntag. Der  
Bezugspreis beträgt monatlich  
1,50 RM. zuzüglich Postgebühren.  
Die einzelne Nummer  
kostet 10 Pfennig.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der  
geschäftlichen Briefenwerder,  
Bahnhofs-Allee 5 und von  
allen Anzeigen-Expeditionen  
angenommen. Die neungspalte-  
tete Beilage kostet 25 Pfennig,  
die Restbeilage 1 RM.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen  
Neuendorf, Borgsdorf,  
Briese, Lehnitz, Stolpe  
Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005



für Bergfelde, Schönfließ  
Frohnau, Summt  
und Umgegend  
Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 138      Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005      Dienstag, den 2. September 1930      Postfachkonto Berlin 62 448      29. Jahrg

**Der Amtsvorsteher Birkenwerder.**  
Eine Handtasche mit Inhalt als verloren gemeldet.  
Birkenwerder, den 1. September 1930.  
Der Amtsvorsteher. Blank.

**Die Kritik am neuen Wahlgesetz**  
Berlin, 1. September.  
Kritisch wird mitgeteilt: In der Begründung, die dem Reichsregierung vorgelegten Entwurf eines Reichswahlgesetzes beigefügt ist, wird nicht nur das von der Reform erstrebte Ziel behandelt; dort ist vielmehr auch auf die Kritik eingegangen, die seitens der Öffentlichkeit in den letzten Jahren in steigendem Maße am gegenwärtigen Wahlgesetz geübt worden ist.  
Zumeist hat sich die Kritik darauf beschränkt, auf die Mängel hinzuweisen; positive Verbesserungsvorschläge für eine andere Gestaltung der Verhältniswahl sind nur verhältnismäßig wenige gemacht worden. Soweit solchen Reformvorschlägen näher ausgearbeitete, ooneinander abweichende Systeme zugrunde liegen, sind sie im Reichsministerium des Innern praktisch durchgefallen. Nur so kann ein Bild von den mannigfachen Möglichkeiten einer Wahlreform gegeben werden, und nur auf Grund praktischer Durcharbeit ist ein Urteil über die Verwertbarkeit von Reformvorschlägen möglich. Der Reichsminister des Innern hat diese Vorschläge in einer Denkschrift zusammengefasst, die in den nächsten Tagen veröffentlicht werden wird.  
Der erste Teil der Denkschrift gibt sechs der wichtigsten Wahlreformvorschläge der letzten Jahre wieder und nimmt zu ihnen kritisch Stellung. Im zweiten Teil der Denkschrift sind die eingehenden Berechnungen und Gutachten zu Vorschlägen enthalten.

**Gefährliche Deutschenbege in Polen**  
Wieder antididische Demonstration in Warschau.  
Warschau, 1. September.  
Auf dem Rathausplatz fand eine Volkskundgebung gegen die Rede des Reichsministers Treviranus und gegen eine Versammlung der deutschen Offiziere statt. Es hatten sich etwa 15 000 Personen, darunter auch zahlreiche Neugierige, eingefunden. Der Direktor der halbstaatlichen Landwirtschaftsbank, General Górecki, hielt vom Söller des Rathauses eine Rede, wobei er u. a. es wagte, die gegen die Polen gerichtete Aktion der Ukraine mit deutschen Geldern in Verbindung zu bringen. Hierauf wurden entsprechende Entschuldigungen angenommen.  
Mehrere hundert Demonstranten, zumeist halbwüchtige Burken, wollten dann noch vor der deutschen Gesandtschaft eine Kundgebung veranstalten. Die Straße, in der sich das Gesandtschaftsgebäude befindet, war jedoch inzwischen auf beiden Seiten von starken Polizeieinheiten, die eigens zu diesem Zweck mit Stahlhelmen ausgerüstet waren, abgeperrt worden. Die Menge versuchte wiederholt, den Polizeieinheiten zu durchbrechen, die Schutzmannschaften konnten jedoch die Unruhmäher aufrechterhalten.

**Demonstrationen auch in Rattowitz**  
Zu einer vom Westmarkenverein veranstalteten „Protestkundgebung“ versammelten sich etwa 1000 Menschen vor dem Stadttheater in Rattowitz. Nach mehreren Ansprachen, die sich in scharfer Weise gegen die Rede des Ministers Treviranus richteten, formierte sich ein Demonstrationszug, der nach dem deutschen Generalkonsulat Richtung nahm. Da die Polizei von der Absicht einer Demonstration bereits vorher unterrichtet war, wurden starke Polizeiträfte eingesetzt, um den Zug abzuwehren.  
Trotzdem gelang es den Demonstranten, die polizeiliche Unruhmäher zu durchbrechen und in Sturmfront nach dem Gebäude des deutschen Generalkonsulats zu eilen, wo dem Zuge ein zweiter Ring von Polizeibeamten entgegen trat.  
Nachdem sich die Demonstrationssteilnehmer in Beschimpfungen gegen das Deutschland ergangen und das Nationalhymne gesungen hatten, begab sich der Zug nach dem Wojwodschafsbau, um dem Wojwod Gracynski eine Entschuldig zu überreichen mit der Bitte, diese an Marshall Pilsudski weiterzuleiten.  
Während des Zuges wurden vor dem Geschäftstokalen der deutschen Zeitungen, insbesondere vor dem Verlagsgelände des „Oberöstlichen Kurier“, Drochrufe ausgehoben. Starke Polizeieinheiten, die dort postiert waren, verhinderten aber Ausschreitungen.

**Ausschreitungen in Lodz**  
Mehr „Güld“ hatten verheißene polnische Burken in Lodz, die vor die Geschäftsräume des Verlages zogen, in dem die deutsche „Freie Presse“ und die „Lodzer Volkszeitung“ erscheinen. Hier wurden mehrere Fenstersteine eingeworfen. Ähnlich war es vor dem Gebäude, in dem sich das deutsche Konsulat befindet. Mächtig erschrien auch hier eine Schaar junger Burken, denen es gelang, mehrere Fenstersteine von Privatwohnungen zu zertrümmern.

**Parlamentsauflösung in Polen**  
Sejm und Senat nach Hause geschickt.  
Warschau, 1. September.  
Durch Verordnung des Staatspräsidenten Moscicki wurden Sejm und Senat aufgelöst. In dem Schreiben heißt es: „Nach reiflicher Erwägung habe ich festgestellt, daß die wichtige Aufgabe für die Arbeit sämtlicher Bürger die Verbesserung der grundlegenden Rechte ist, durch die der Staat regiert wird, da dieselben die Grundlage sämtlicher im Staat bestehenden Gesetze bilden. Die Verbesserung ist notwendig, da sich das gegenwärtig herrschende Chaos bisher nicht beseitigen ließ.“  
Nachdem ich zu der Ueberzeugung gelangt bin, daß ich dies trotz meiner Bemühungen durch den gegenwärtigen Sejm nicht erreichen kann, habe ich beschloffen, auf Grund des Artikels 26 der Verfassung laut Befehl des Ministers Sejm und Senat mit dem 30. August aufzulösen, und bestimme als Wahltermin den 16. November für den Sejm und den 23. November 1930 für den Senat.  
Der von drei polnischen Offizieren und einem Unteroffizier verübte Mordfall auf den Bismarckplatz in Dombki wird von den Regierungsblättern „Gazeta Polska“ und „Kurjer Poranny“ ihren Lesern verschwiegen. Der sozialistische „Robotnik“ erblickt in dem Mordfall die Vermirklichung der Hinweise im letzten Interwiew des Marshalls Pilsudski. Der „Robotnik“ zitiert zum Beweise hierfür folgende Worte des Marshalls: „Meiner Meinung nach muß man den Herrn Abgeordneten vor die Tür legen. Wenn man ihm hierbei noch einiges zulegt, so wird es auch nichts schaden.“ Die christlich-demokratische „Gazeta Polska“ stellt fest, daß das politische Banditentum in Polen neuerdings zunimmt. Wenn das Ausland die Nachrichten über den Mordfall auf Dombki lese, werde es Polen automatisch in eine gleiche Reihe mit den am wenigsten kultivierten, von einer wilden Moral sich leiten lassenden südamerikanischen Republiken stellen.

**Die Warschauer Agrarkonferenz**  
Warschau, 31. August.  
Die Arbeiten der Agrarkonferenz sind bereits zu einem gewissen Ergebnis gelangt. Der Ausschuß für den Austausch der landwirtschaftlichen Erzeugnisse schloß seine Debatte mit der Analyse der Handelsbilanz der Agrarstaaten. Der frühere Minister Tucinski hielt einen Vortrag über die Rationalisierung und Zentralisierung der Wirtschaft der einzelnen Staaten. Der Vorhänger der landwirtschaftlichen Organisationen Polens, Zubadomski, befaßte sich mit der Notwendigkeit einer internationalen Verständigung über die Abfassung des Systems der Exportprämien für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Es wurde ein Unter- ausschuß eingeleitet.  
Im Ausschuß für Veterinärfragen begründete Prof. Kowal (Polen) den von polnischer Seite vorgelegten Entwurf einer Entschlieung über die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Handels mit Tieren und tierischen Erzeugnissen.  
Im Ausschuß für internationale Zusammenarbeit hielt der polnische Gesandte in Sofia, Tarnowski, einen Vortrag über die Organisation der Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten. Es folgte eine Aussprache über die gegenseitige Angleichung der einzelnen Antworten auf das Rundschreiben des Völkerverbundes. Die vom Ausschuß angenommene Entschlieung sieht u. a. die Abhaltung von periodischen Konferenzen der Agrarstaaten sowie die Schaffung eines Ständigen Ausschusses vor, der als Organ der Agrarstaaten fungieren soll.  
Die Finanzkommission erörterte den Bericht über Gewährung gegenseitiger Kredite für landwirtschaftliche Zwecke und nahm einstimmig den Entwurf einer Entschlieung in dieser Frage an.

**Generalmajor Henry Allen †**  
Washington, 1. September.  
Generalmajor a. D. Henry Allen, der ehemalige Kommandeur der amerikanischen Belagungsstuppen im Rheinland, verstarb plötzlich an den Folgen eines Herzschlages in der Sommerwohnung des Gesandtschaftsrats Leitner von der deutschen Botschaft, in Buenavista Springs in Pennsylvania, wo er in einem größeren Kreise gerade den Tee einnahm. Ein sofort herbeigerufener Arzt stellte den Tod durch Herzschlag fest.

**Ellenbahnunglüd**  
Drei Todesopfer. — Mehrere Schwerverletzte.  
Glauchau, 1. September.  
Ein Ellenbahnunglüd, das leider auch einige Todesopfer forderte, ereignete sich bei St. Egidien. Der Personenzug von Glauchau nach St. Egidien entgleiste dort mit mehreren Wagen. Insgesamt sind drei Tote, drei schwer und 15 leichter Verletzte zu verzeichnen.

**„Im Westen nichts Neues“**  
Treviranus antwortet Poincaré  
Berlin, 1. September.  
Poincarés, erst vor kurzem wieder unter dem Titel „Im Osten nichts Neues“ in einem Artikel niedergelegte Auffassung über die Unabänderlichkeit der Ostgrenzen Deutschlands hat den Reichsminister für die besetzten Gebiete, Treviranus, zu einer Entgegnung veranlaßt. Lautete Poincarés Leberchrift „Im Osten nichts Neues“, so legt Treviranus dieser den Titel „Im Westen nichts Neues“ gegenüber. Die von Poincaré in dieser Leberchrift zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß an dem gegenwärtigen Zustand an der deutschen Ostgrenze nicht gerüttelt werden dürfe, ergänzt Treviranus also durch die in dieser Leberchrift betundene Meinung, daß Poincaré Deutschland eigentlich nichts Neues zu sagen gehabt habe. Treviranus geht mit der Auffassung Poincarés sehr scharf ins Gericht und legt den französischen Gewaltmethoden sehr eindeutig die deutschen Rechtsansprüche gegenüber.

Poincarés Auffassung der angeblichen Konfessionen, die Frankreich uns bereits gewährt haben will, nennt Treviranus eine Milchmädchenrechnung und geht insbesondere auf die Forderung zur Auslieferung der sogenannten Kriegsverbrecher ein, die man nur in der Kriegsgeschichte halbwilliger Stämme finde.  
Es seien zwar einige notwendige Korrekturen gewisser Schönheitsfehler des Versailles Vertrages vorgenommen worden, entschieden sei aber die Behauptung Poincarés zurückzuweisen, daß Frankreich für diese „Zugeständnisse“ nicht den geringsten Gegenwert erhalten“ habe. Treviranus weist auf die in der Menschheitsgeschichte einzig dastehende freiwillige Anerkennung der Grenzen in Locarno hin.  
Gegenüber den Ausführungen Poincarés über Polens Ansprüche auf die Ostgebiete sagt Treviranus, der Korridor sei Deutschland ohne Zustimmung genommen worden, und auch die Danziger deutsche Bevölkerung sei nicht gefragt worden, ob sie vom Reich getrennt und als Freie Stadt unter polnischer Oberhoheit leben wolle. Hinsichtlich Oberschlesiens betont Treviranus, daß es sich dort ähnlich wie im nordfranzösischen Industriegebiet um Tausende von polnischen Arbeitern handele, die von der deutschen Industrie Arbeit und Brot erhalten hätten.  
Würde Frankreich je einen polnischen Anspruch auf dieses Gebiet anerkennen? Treviranus zitiert sodann den Professor an der Sorbonne Mariel, der anerkannt habe, daß durch die Grenzziehung im Osten ein beispielloser wirtschaftlicher Ruin fast der Hälfte Deutschlands verursacht worden sei. Deutschland sei deshalb nicht in der Lage, auch nur auf eines der Rechte zu verzichten, die ihm die Verträge zusicherten.

**Bombenanschlag auf das Reichsgericht?**  
Leipzig, 1. September.  
Am Reichsgericht, Eingang Wächterstraße, wurde ein brauner Papptorfen gefunden, in dem sich eine Weckeruhr, eine Eierhandgranate, verbunden mit einer Taschenlampenbatterie und eine Flasche mit Steinölöl befanden.  
Die sofort verlässliche Polizei brachte den Apparat in Sicherheit. Die Eierhandgranate war, wie die Untersuchung ergab, mit Bismutäure gefüllt. An der Seite des Papptorrens waren mit Bleistift Hammer und Sichel gezeichnet. Selbst wenn die Eierhandgranate zur Explosion gebracht worden wäre, was nach dem Befund zweifelhaft ist, würde nur eine unbedeutende Wirkung „erregt sein. Die polizeilichen Ermittlungen sind sofort aufgenommen worden.

**Surchtbares Flugzeugunglüd**  
Auf ein Haus gestürzt. — 2 Tote, 2 Schwerverletzte.  
Paris, 1. September.  
Aus Rochefort wird gemeldet, daß dort ein Militärflugschüler, der gerade sein Pilotenzeugnis erhalten hatte, mit seinem Apparat verunglückte. Der Pilot sprang aus dem in Brand geratenen Flugzeug, sein Fallschirmquart war jedoch zu weit, so daß der Fallschirm sich wohl zu Boden senkte, der Pilot jedoch herabstürzte und ums Leben kam.  
Da der Absturz mitten über der Stadt erfolgte, fiel der Apparat auf das Haus eines Industriellen und durchschlag das Dach. Der Industrielle wurde durch den Propeller ent- hauptet, seine Frau und sein Kind wurden schwer verletzt.

**Die Wahl in Braunschweig.**  
Zur Landtagswahl am 14. September sind 7 Wahlvor- schlagslisten eingereicht und vom Wahlausschuß anerkannt worden, und zwar Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutsche Staatspartei, Nationalsozialisten, Volkspartei, Reichspartei nationale Mitte, Bürgerliche Einheitsliste. Der Wahlvor- schlag Reichspartei nationale Mitte, der nur drei Kandidaten und fünf Ersatzleute aufweist gegen vierzig Kandidaten der anderen Listen und an dessen Spitze ein Arbeiter steht, wird allgemein als bedeutungslos angesehen. Zur letzten Landtagswahl 1927 waren 11 Listen aufgestellt.